

**Zweigeschlechtlichkeit überwinden,  
Menschenrechtsverletzungen beenden:  
Gleichberechtigte Teilhabe für trans\*, inter\*  
und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei**

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

## Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans\*, inter\* und
- 2 nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten Option
- 3 ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre Menschenrechte
- 4 noch immer verletzt werden.
- 5
- 6 Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die
- 7 Anerkennung
- 8 der Elternschaft von trans\* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung und
- 9 Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
- 10 anpassenden
- 11 Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der Weg in ein
- 12 Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann oder Frau
- 13 sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden kann. Es
- 14 bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!

### 13 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 14 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer zu  
15 lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht nur inter\*  
16 Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht
- 17 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
- 18 • Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/PÄ), die  
19 als  
kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
- 20 • Die sozialrechtliche Absicherung trans\*-spezifischer Gesundheitsversorgung
- 21 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen  
22 "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt
- 23 • Zertifizierte Beratungsstellen
- 24 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten  
25 & Dokumenten
- 26 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -  
27 anpassenden  
Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern
- 28 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans\* Personen in Deutschland
- 29 • Eine angemessene Entschädigung für trans\* und inter\* Personen, deren Menschenrechte  
30 verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
- 31 • Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen
- 32 • Ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans\*, inter\* und nicht-  
33 binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den  
34 respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg\*innen & Angestellten
- 35 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- 36 • Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung spezifischer  
37 trans\*, inter\* und nicht-binärer Beratung
- 38 • Die Stärkung von trans\*, inter\* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft und  
39 Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

### 40 **Das machen wir als Grüne Partei:**

41

42 Auch für uns als Partei ist klar, dass trans\*, inter\* und nicht-binäre Personen mehr  
43 Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf  
44 Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil Grüner  
Programmatik.

45 Wir Grüne wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine gleichberechtigte  
46 Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu wollen wir  
47 alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.

48

49 Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis  
50 Trans\*Inter\*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für  
51 geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem

52 Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die Berücksichtigung von  
53 trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen zu stärken.

54

55 In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
56 überarbeitet werden, so dass trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt werden  
57 und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei auf den  
58 Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen.

59 Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle Menschen  
60 berücksichtigen.

61

62 Bündnis 90/Die Grünen sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das Geschlechterspektrum  
63 (cis\* Frauen, cis\* Männer, trans\* Frauen, trans\* Männer, intergeschlechtliche Menschen,  
64 nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als Grundlage  
65 ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch,  
66 wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung ab. Die  
67 Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK  
68 Trans\*Inter\*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht, ein  
69 positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln. Weiter  
70 fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch auf  
Landes-

71 und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen auf der  
72 Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.